

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend

Leipzig, den 25. November 1922

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 137

Nof und Elend steigen immer höher!

Mit Nielsen'schriften geht's dem tiefsten Stande der wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands entgegen. Die verheerenden Wirkungen des Marksturzes haben einen Grad erreicht, der zu unerträglichsten Verhältnissen für die arbeitende Bevölkerung geführt hat. Kaum mehr ein Zweitausendstel ihres Wertes in der Vorkriegszeit ist die deutsche Mark noch im Ausland werl. In dieser Tatsache ist die Hauptquelle der Verzweiflung zu suchen, unter der wir leiden, und die nachfolgende Grundursache liegt in der ungeheuerlichen Auspowerung des deutschen Volkes durch die elgten Volksgesellen, allen voran das Händler- und Agrarier und die „Schlebkraute“, unter der Angehörige aller Volksklassen ohne jede Ausnahme verfallen sind. „Verachtet euch!“ Nach dieser Parole handeln die Vorkriegsbesitzer unseres Volkes. Die sich aus solchen Zuständen mit Nozwandigkeit ergebenden politischen und wirtschaftlichen Folgen sind ungeheuerlich, sie mühten jedem längst klar sein.

Allen voran haben die freien Gewerkschaften, die Sachwalter der Arbeiterinteressen, die verheerenden Wirkungen erkannt. Am 31. Oktober wandten sich die Spitzenorganisationen an den Reichskanzler, die Reichsministerien und an die Parteien des Reichstags mit der Forderung sofortiger Maßnahmen gegen die völlige Markentwertung, die zum Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens führen muß. Es wurde darauf hingewiesen, wie jeder Verlust der Gewerkschaften, das Lohnverkommen der Arbeiter der wirtschaftlichen Zerrüttung der gesamten Volkswirtschaft unanpafsen zu scheitern droht, weil ja jede Lohnherhöhung bei ihrem Anknüpfen schon längst wieder überholt ist.

Wenn der Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker in den Tagen des 28. und 29. November in Berlin zu neuen Lohnverhandlungen zusammentritt, wird es sich darum handeln, die Folgen einigermaßen abzuwehren, die durch den Sturz der Mark ins Bodenlose verursacht sind. Am 4. November, dem Tage, an welchem nach ergebnislosen Verhandlungen im Tarifparlament ein einstimmiger Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium gefaßt wurde, stand der Dollar auf 6040; am 7. November aber bereits auf 8428 und am 8. November auf 9127! Man braucht kein Professor der Volkswirtschaft zu sein, um festzustellen, welche wahninnige Verwertung aller lebensnotwendigen Artikel seitdem eingeleitet hat. Aber man braucht auch keine ärztliche Kapazität zu sein, um erkennen zu können, welche Gefahren für den Ernährungszustand der breitesten Volksschichten daraus erwachsen. Jeder spürt sie am eigenen Leibe, und die Buchdrucker, die — wie die geistigen Berufe überhaupt — hinter den meisten Berufsgruppen in der Frage der Entlohnung einberührt, spüren die Nof und das Elend ganz besonders. Selbst bei Berücksichtigung der mannigfachen unwiderleglichen Gründe, die gegen eine Miterhöhung des Dollarkurses bei Lohnfestsetzungen sprechen, ist ein Vergleich des Lohnes eines verheirateten Berliner Buchdruckers mit dem Dollarkurs doch recht lehrreich für die Beurteilung der Lage der Buchdrucker im allgemeinen. Es betrug der Wochenlohn in Berlin:

	in Mark		in Dollars
1. Juli 1914	34		4,20
1. Januar 1920	161		49,80
1. Mai	211		57
1. Juni	236		39,25
5. Juli	251		37,90
1. November	271		77,45
1. Februar 1921	286		67
1. August	296		81
1. Septbr.	321		85,50
1. Oktober	385		124,50
1. November	410		181,50
1. Dezember	518		190
19. Dezember	553		181,25
1. Februar 1922	613		204
27. März	713		338,50
1. Mai	933		283
1. Juni	1043		272
10. Juli	1393		528,50
1. August	1453		644
21. August	1953		1170
1. Septbr.	2253		1300
17. Septbr.	3053		1490
1. Oktober	3453		1815
8. Oktober	4453		2600
22. Oktober	4853		4324
5. November	7501		6400
18. November	8223		6982,50

Kollisions am nebnstehenden Termin

Deutlich zeigt sich hierin der Verlauf der Elendskurve; sie erreichte am 8. November bei einem Dollarkurs von 9127 mit 0,82 ihren tiefsten Stand.

Unbestreitbar folgen die Warenpreise in Deutschland dem erhöhten Dollarkurs. Von einem Fallen der Preise aber merkt man selbst bei erheblichen vorübergehenden Schwankungen des Dollarkurses nicht das geringste, weil dann die Ernte des gewissenlosen Händler- und Schiebertums erst recht ergiebig wird. Nach der Statistik der „Frankfurter Zeitung“ über die Warenpreise im Großhandel, die 98 verschiedene Warensorten umfaßt, betrug die Preissteigerung von Anfang Oktober bis Anfang November, also innerhalb vier Wochen, 118,6 Proz. Diese immense Steigerung der Großhandelspreise wirkt sich jedoch erst jetzt und in den nächsten Wochen im Kleinhandel aus. Anfang November waren die Großhandelspreise der von der Statistik der „Frankfurter Zeitung“ erfaßten 98 Artikel um 945 mal so hoch wie in der Vorkriegszeit!

Und nach der reichsamlichen Feststellung der Großhandelspreise haben diese am 25. Oktober den Stand von 72620 gegenüber 100 der Friedenszeit erreicht. Sowohl die amtliche Statistik wie jene der „Frankfurter Zeitung“ lassen also trotz des gegenwärtigen rückläufigen Kurzes des Dollars entweder eine weitere Steigerung der Kleinhandelspreise oder mindestens eine von dem Sinken des Dollars auf längere Zeit wenig berührte Stabilität der letzten hohen Lebenshaltungskosten erwarten. Und letztere kennzeichnen sich am besten durch den Stand der neuesten Steuerungsabzählung des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig, die bekanntlich mit der Reichssteuerzählung in der Regel ziemlich parallel läuft und am 15. November mit 37661 festgestellt wurde. Daraus ergibt sich eine Steigerung der Steuerung innerhalb der letzten drei Wochen um rund 90 Proz. oder auf das 377fache der diesbezüglichen Friedensziffer.

Diese Feststellungen der amtlichen Statistik, die von der noch nicht bekannten Novemberziffer sicherlich noch bei weitem übertroffen werden, reden eine sehr eindringliche Sprache über die zunehmende Nof. Das Dasein wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Qual für einen Familienvater, der von Woche zu Woche mehr in Bruch gerät, weil er selbst das zum Leben Notwendigste nicht mehr zu erwahnen imstande ist. Jede Arbeits- und Berufsfreudigkeit muß unter solchen Umständen verloren gehen. Und wie nun erst, wenn das Gespenst der Arbeitslosigkeit an die Tür klopf, wenn Krankheitslage hereinbrechen oder andre Schicksalsschläge! Mehr und mehr kann man bei Tarifverhandlungen beobachten, wie die Unternehmer versuchen, die Indizes als für sie nicht maßgebend beiseite zu schieben, wirtschaftliche Schwierigkeiten werden aufgeführt und eindringlicher als je wird heute in Unternehmerkreisen an die Einsicht der Arbeitenden appelliert. Alles dies wird in verstärkter Auflage auch von unsrer Prinzipalität bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen im Tarifausschusse wieder geltend gemacht werden, vielleicht spielt auch die „Schicksalsgemeinschaft“ wieder eine Rolle. Eine solche Gemeinschaft vermögen wir aber erst dann anzuerkennen, wenn auch die andre Seite an das Recht zum Leben keine höheren Anforderungen stellt als die aufs schwerste um ihre Existenz ringende Gehilfenschaft im Buchdruckergewerbe. Diese ist sich bewußt, daß sie nichts Unerfüllbares verlangt, sondern nur das, was unabwelsbar notwendig ist, um überhaupt noch menschenwürdig leben zu können. Gegenüber dem Rechte des einzelnen auf die Erhaltung seines Lebens kann kein andres Recht in Frage kommen!

Wohin des Wegs?

Der Verelendung, dem Hungertod entgegen, das ist die einzig richtige Antwort auf die delatlose Frage. Kollegen, es ist wirklich nicht zu viel gesagt, denn all diese bittere Nof, all die schweren Sorgen, all dieses Elend lassen sich nicht in andre Worte kleiden. Was ist's wohl weiter als ein langames Verbrennen, ein Aufgehen des menschlichen Körpers. Wann endlich wird dieser profitablen, spekulationsfiebernden kapitalistischen Gesellschaft ein Paroli ge-

boten werden? Wann und wie werden wir aus diesem bohnsprechenden Chaos herauskommen? Das ist die bange Frage, die ein jeder stellt. Nur durch Einheit, durch festen Zusammenhalt der gesamten deutschen arbeitenden Bevölkerung ist ein Ausweg aus diesem unheilvollen Morast möglich. Nehmt euch als Beispiel die Unternehmer, die geschloffen wie eine Mauer, Front gegen euch machen, wenn es gilt, der arbeitenden Bevölkerung ihre gerechtfertigten Ansprüche zur Erfüllung des Lebens freilich zu machen. Seht nur hinein in unfre elanen Verammlungen, wie zwei Parteien sich gegenwärtig zerfleischen und aufreiben, zum Spott, zum Schand unserer Unternehmer, die die lachenden Dritten sind.

Wie sieht die Lage speziell im deutschen Buchdruckergewerbe aus? Trostlos! Der größte Teil der behaglichen Kollegen wird über kurz oder lang seinem Hungerberuf vorläufig den Rücken kehren müssen, so lange den Rücken kehren, bis auch unsre Herren Prinzipale einsehen gelernt haben, daß wir qualifizierten Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verdienen und besser entlohnt werden müssen. Damals, als die Konjunktur eine glänzende, wo die Nachfrage nach Sehern und Druckern stark war, hat man den richtigen Moment verpaßt. Heute, wo Betriebs-einschränkungen, Verkürzarbeiten, Aussehen usw. an der Tagesordnung sind, wo die Gehilfen einfach auf das Straßengestühl fliegen, heute ist nicht viel zu erreichen in bezug auf bessere Entlohnung. Für sumplige 6 Pfund Margarine arbeitet man die ganze Woche. Wo bleibt unter Lohnausfall von wöchentlich 65000 M.?? Wir erhielten in der Vorkriegszeit annähernd 8 Dollar wöchentlich. Das sind heute 72000 M., 7000 M. bekommen wir, wo früher Gehilfen bis 10000 M.?? Beinahe nicht diese Talfälle alles? Die Preise, die von Woche zu Woche unerschwinglicher werden, paßt man ohne Bedenken dem Dollarkurs an nur den Lohn hält das präkapitalistische Unternehmertum so nieder, daß man von einem menschenwürdigen Dasein überhaupt nicht mehr sprechen kann. Sind das nicht himmelschreiende Zustände, die für die Dauer nicht länger aufrechterhalten bleiben dürfen. Während auf der einen Seite ein Faulenzen-, Prassen- und Schlemmerleben geführt wird, leidet der andre, produktiv tätige Teil des Volkes bittere Nof.

Kollegen, was bedeutet denn eigentlich eine neue Steuerungszulage, die für uns abgeschlossen wird? Einen kleinen Rückgang! Jede Erhöhung unrer Löhne bringt eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Ihr selbst könnt alle die Beobachtung machen, daß nach jeder Tarifverhandlung Betriebs-einschränkungen, wie Verkürzarbeiten, Aussehen, Kündigungen u. dgl. mehr, an der Tagesordnung sind. In jeder Anschlagtafel müßte die Mahnung stehen: „Etern, laßt eure Söhne nicht Buchdrucker werden!“

Obwohl wir diejenige qualifizierte Arbeiterklasse sind, die fortwährend hinter den Vätern ungerelnter Befusse einberührt, sind wir doch jetzt die ersten, die auf die Straße fliegen, weil die freie Papierwirtschaft unfre Existenz untergräbt! Hier liegt der Krebschaden, das Grundübel, an dem wir leiden. Die Regierung läßt leider dem wilden Tun und Treiben des Papierwuchers freie Hand. Selbst die Rede Silinnes im Reichswirtschaftsrat, worin er eine verlängerte Arbeitszeit forderte, um die Produktion zu heben, und dabei liegen Hunderttausende brotlos auf der Straße.

In erster Stunde sei an alle Kollegen die Mahnung gerichtet: „Schließt euch fester zusammen denn je, haltet treu zur Organisation, unterstützt die Arbeiterpresse, die Silinnes und Konforten zugrunde richten wollen, und macht energisch Front gegen den Veruch der Ausbeuter, den Nichtkundentag, die wertvollste kulturelle Errungenschaft, abzuschaffen!“

Leipzig.

K. B.-r.

Ein Wort über die „hohen“ Buchdruckerlöhne

Die letzten Lohnverhandlungen geben der Gehilfenschaft einen deutlichen Beweis dafür, daß die Prinzipalität kein Verständnis für die Notlage der Gehilfen zeigt. Erst durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums wurde den Gehilfen ein kleiner Ausgleich verabreicht.

Sehen wir uns doch einmal näher die Preise und die „hohen“ Buchdruckerlöhne an. Als Maßstab nehme ich das Zwangsmarkttisch, das heute einen Wert von 20000 Mark (1 M. = 1000 M.) hat. Gelde die kostet heute pro Zentner 10—16000 M., ein Preis, der den Vorkriegspreis weit übertrifft; denn in dieser Zeit kostete der Zentner 9—12 M. Ein Br. kostete hier von Anfang

Dezember ab 400 M., in der Vorkriegszeit war dasselbe für 40—50 M. zu haben. Für Wurst werden jetzt pro Pfund bis 1000 M. gezahlt; in der Vorkriegszeit erhielt man dasselbe Quantum für 0,70—1 M. Mit der Steigerung steht es nicht besser. Für 70—100 M. war ein Tadellosler Metzger zu haben; heute kostet ein solcher Metzger 60—100 000 M. Und so steht es mit allen Artikeln. Überall findet man die Anpassung an den Wert des Zwangsmarktschlüssels.

Wie lässlich steht es demgegenüber mit untern Löhnen aus. Steht man da einen Vergleich an, so ehekt einem vor den toten Zahlen. Und doch ist es eine nackte Tatsache. In der höchsten Stufe verdient ein Verbeirateter ab 19. November, wenn man das Zwanzigmärkchen gleich den zu handelnden Artikeln als Richtschnur annimmt, sage und schreibe — — — 8,22 M. Und was wurde in der Vorkriegszeit verdient? — Hier kann man sagen:

Die Würdenberichterstattung, wobei die zu empfindenden; Wie heißt es wieder gold'ns Zeil, so froh und ungehindert. Vergessen Sie die Umkehr, ich finde keine Spur nicht mehr.

Ist es da ein Wunder, wenn so mancher Buchdrucker dem Berufe den Rücken kehrt? Bei Papierbestellungen spielen Millionen keine Rolle; bei den Löhnen aber rechnet man mit jeder Mark.

Beuthen (D.S.).

Ein Nachdenkender.

Eine neue Belastung der Verbraucher

Schon droht den Verbrauchern eine weitere neue Belastung in der vom Reichswirtschaftsrat geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz.

Der Entwurf des neuen Landessteuergesetzes ist am 9., 10. und 15. November im Finanzpolitischen Ausschusse beraten worden und die Umsatzsteuer hat dabei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Der vom genannten Ausschusse gebildete Unterausschuss hat wohl den Antrag auf Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz. abgelehnt, dagegen den Antrag auf Befreiung der Genossenschaften mit sieben gegen fünf Stimmen angenommen.

Von Seiten des Handels und der Industrie wird der Antrag auf Befreiung der Genossenschaften mit allen Mitteln bekämpft, und die Regierung erwidert in der Annahme eine Durchbrechung des Prinzips der gleichmäßigen Bezahlung und eine Gefährdung der Umsatzsteuer überaus.

Im Finanzpolitischen Ausschusse selbst wurde dann die Erhöhung von 2 auf 2 1/2 Proz. mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen und der Antrag auf Befreiung der Genossenschaften mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen; der letztere war nur möglich durch die Unterstützung der Vertreter der landwirtschaftlichen und Handwerker Genossenschaften.

Wenn nun die Kürze im Reichstage die Beratung dieses Landessteuergesetzes vor sich geben wird, dürfte es die energigsten Proteste der Genossenschaftlichen, organisierten Verbraucher und der Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften der Kampf um das goldene Kalb entzünden.

Um aber die Vorarbeiten und Vorschläge eingehend durchzuarbeiten, wurde eine Kommission gebildet, bestehend aus den Mitgliedern R. Nipinski, Minister des Innern in Sachen, Stadtverordneten Paul Sirkel (Charlottenburg), Reichstagsabgeordneter Dr. Serb (Charlottenburg), Bürgermeister Paul Serb (Spandau), Finanzminister Emil Barthmann (Weimar), Ministerpräsident S. Stelling (Schwerin) und S. Jächter, Abgeordneter in Düsseldorf.

Eine große Zahl Genossenschaften selbst hat in Resolutionen und Eingaben an die maßgebenden Instanzen Einspruch erhoben gegen eine weitere Belastung der Verbraucher und vor allem gegen die ungerechte Heranziehung der Genossenschaften.

Den Kampf, den der Zentralverband deutscher Konsumvereine bisher gegen die neuen Mitglieder unerschrocken aufgebracht hat, führt er nun zu begründeten. Es kann von einer Sonderbegünstigung der Konsumgenossenschaften nicht gesprochen werden. Die Genossenschaften sind wirtschaftliche Organisationen und als solche in der Verfassung anerkannt. Wirtschaftlich besteht zwischen den Genossenschaften und ihren Mitgliedern kein Unterschied, denn die Waren, die die Genossenschaften kaufen, gehören bereits den Mitgliedern. Die Berechnung ist doch auch schon darin enthalten, daß die Mitglieder für den Geschäftsanteil erhöhte Mittel aufbringen müssen, damit die Genossenschaften die Waren für sie einkaufen können. Redigiert die Befreiung einer steuerlichen Benachteiligung durch die Umsatzsteuer verlangen die Genossenschaften.

Welche Summen bei den gegenwärtigen wahnwitzigen hohen und täglich immer mehr steigenden Preisen für alle Bedarfsgüter den Konsumenten an Umsatzsteuer überhaupt aufgebracht werden, kann jeder selbst ermessen, wenn er berücksichtigt, daß in den allermeisten Fällen die Waren vier- bis sechsmal der Umsatzsteuer unterliegen, ehe sie den letzten Verbraucher erreicht. Hierin liegt die volks- und hauswirtschaftlich schädigende Bedeutung dieser Steuer, die noch dadurch verstärkt wird, daß sie den organisierten Konsumenten noch besonders steuerlich bestraft. Den Besitzenden, der auf Grund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage ist, sich mit größeren Kosten einzudecken, trifft die Steuer fast gar nicht. Wie andererseits selbst regierungsseitig festgestellt ist, sind 40 Proz. der Umsatzsteuer überhaupt nicht geleistet worden. Da nun die Konsumgenossenschaften ob ihrer Konstruktionsordnungsgemäß Bücher führen, ist ersichtlich, daß der private Handel es außerordentlich gut versteht, sich von Steuerzahlern zu drücken.

Im September 1921 errechnete die Regierung mit 2 Proz. Umsatzsteuer einen Betrag von 20 Milliarden

Mark und bei 2 1/2 Proz. 25 Milliarden Mark, obwohl die Umsatzsteuer mit 40 Proz. unterschlagen wurde. Nun ergeben aber die Einzelsachen im September 1922 eine 12fache und im Oktober eine 18fache Steigerung der Preise gegenüber denen im September und Oktober 1921. Nimmt man deshalb das 15fache an und wieder eine 40prozentige Unterschlagung, so wäre mit 3000 Milliarden Mark zu rechnen. In der Vorlage der Regierung wird aber für 1923 mit nur 75 Milliarden gerechnet — also den vierten Teil. Daraus ergibt sich, daß ein enormer Prozentsatz Umsatzsteuerpflichtiger die Umsatzsteuer überhaupt nicht bezahlt. Eine Erscheinung steil sinkender Moral in Deutschlands Wirtschaft.

Mit dieser neuen Erhöhung der Umsatzsteuer will aber die Regierung den Dolles der Länder und Gemeinden bebene. Sie sollen von den mit 75 Milliarden Mark errechneten Umsatzsteuern 10 bzw. 20 Proz. (7 1/2 und 15 Milliarden Mark) erhalten. Bei nur angenommenen 15 Milliarden Mark mehr an Umsatzsteuern (bei 2 Proz. wurden für 1923 60 Milliarden Mark errechnet) — die Summe wird sich natürlich bei der fortwährenden Geldentwertung bedeutend erhöhen — würde sich bei 60 Millionen Einnahmen eine Mehrbelastung von 250 M. auf den Kopf ergeben. Eine fünfköpfige Familie würde also 1250 M. mehr an neuen Steuern entrichten müssen.

Die Zentralorgane der organisierten Konsumenten erleben deshalb ihren Ruf nach Befreiung der Konsumgenossenschaften erneut und schärfer denn je und fordern die Verbraucher auf, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen. Das Glend des Reiches, der Staaten und Gemeinden muß dadurch sanfter werden, daß jene Kreise befreit werden, die dazu in der Lage sind — die Selbst-, die Gesner der genossenschaftlichen Gemeinschaft. Sie haben Deutschlands wirtschaftliche Mitte — und damit das proletarische Glend vertheidigt. Gera.

Paul Feustel.

Korrespondenzen

Hs. Barmen. (Wirtschaftsbericht.) Unser Jahrsabschluss, verbunden mit der Feier des 25jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Johannes Frischholz, wurde am 16. Juli in Pilsbode gefeiert und es nahm unter Mitwirkung der rührigen „Synagoga“ einen schönen Verlauf. Obwohl immer wichtige Tagesordnungen zu erledigen waren, ließ der Verbandsbesuch in der verlassenen Quartal zu wünschen übrig. — In der Versammlung vom 21. Juli erstattete Vorliegender Kunz Bericht vom der Leipziger Generalversammlung. Kollege Stöckinger gab ein Sitzungsbild vom Reichstag, der Firma D. Barn. Die Angelegenheit lagte dadurch, Frischholz, der die Bezirke Barmen, wo: Oberfeld, die Dre., mit 20 Proz. Lokalschlag eine Erhöhung, um 2 1/2 Proz. verfahren in Annäherung an 25 Proz. Lokalschlag. — Die Versammlung am 24. August nahm zunächst den Kasienbericht vom zweiten Quartal entgegen, und dem Kassierer wurde Entlastung zuteil. Nachdem die Anträge zur Tarifberatung aufgestellt waren, referierte der Vorliegende über das Thema: „Zur Lage im Gewerbe und Ergebnis der letzten Tarifausdehnung“. Für die infolge des Hilfsarbeiterstreiks ausgesparten Maschinenmesser wurde der Ortsbeitrag um 20 M. für die Dauer von mehreren Wochen erhöht. — Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten in der Versammlung vom 9. September gab zweiter Vorliegender W. Müller den Bericht von der Gewerkschaftskommission. Die Erhöhungen der Beiträge für die Gewerkschaftskommission und die Betriebsrätezentrale wurden angenommen. — In der außerordentlichen Versammlung vom 29. September gaben die Delegierten Kunz und Stöckinger den Bericht vom Verlauf in Münster. Wegen der reichhaltigen Tagesordnung konnte in eine Diskussion nicht eingetreten werden. Der Beitrag wurde ab 1. Oktober auf 75 M. festgelegt. Betriebsratssekretär Wilkens sprach sodann über das zeitgemäße Thema: „Das Betriebsratsgesetz über Betriebsstillegungen, einschränkungen, Entlassungen usw.“. Der Redner führte den Kollegen das große Erleben der Presse vor Augen, kam auf den Papierwucher zu sprechen und gab den Kollegen die nötigen Winke, wie sie sich bei Betriebsbeschränkungen und bei Entlassungen zu verhalten haben.

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 10. November beschloß man sich mit dem neuen Lohnabkommen. Kollege Freitag berichtete sowohl über dieses wie auch über die damit im Zusammenhang stehende Geworkeverbänderung. Es sei diesmal zu sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern gekommen, da die Prinzipale jede Forderung abgelehnt hätten, durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts wären die Kollegen aber doch zu ihrem Rechte gekommen, wenn der Lohn auch noch immer nicht zur Befriedigung aller Erfordernisse ausreichte. Die Kreisvertretung verfuhr die Verbindlichkeitsklärung dadurch zu sabotieren, daß man den hiesigen Prinzipalen empfohlen habe, nur eine verhältnismäßig niedrige Abschlagszahlung in der ersten Woche zu gewähren. Die Kollegen sollten höhere Vorläufe verlangen, da bald jeden Tag die Preise sämtlicher Bedarfsartikel stiegen. Dann beschloß man sich noch mit der Not der Arbeitslosen. Die Aussprache endete mit dem einstimmigen Beschlusse, vom 13. November an einen laufenden Sonderbeitrag von 50 M. zu erheben.

M. Düsseldorf. Am 11. November fand unsere Monatsversammlung statt, die wie immer einen solchen Besuch aufzuweisen hatte. Zu Beginn der Versammlung beglückwünschte der Vorliegende im Namen des Bezirks

und Ortsvereins den Kollegen Vabs zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum. Alsdann hielt Kollege May einen Vortrag über: „Das Reichswirtschafts- und die örtlichen Ausführungsbestimmungen zu demselben“, wobei er die Notwendigkeit und Bedeutung des Gesetzes beleuchtete, das trotz mancher Mängel die freie Wohnungswirtschaft und damit den grenzenlosen Wohnungswucher verbinde habe. Er streifte auch die Wohnungsbaubauabgabe, die er in der heutigen Form als eine ungerechtfertigt bezeichnete; dagegen könne eine Wohnungsbaubauabgabe, die nach Einkommensverhältnissen gestaffelt sei und den Wohnungsluxus in der Hauptstadt treffe, wohl die so dringend erforderliche Neubautätigkeit fördern, damit das Wohnungselend nicht noch Jahrzehnte anhalte. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache an, wo insbesondere betont wurde, daß die Aktivität der Arbeiterschaft bei kommenden Wahlen die Wohnungsfrage entscheidend beeinflussen könne. Bei Besprechung der letzten Lohnzulage berührte Einmütigkeit darüber, daß auch diese Regelung wieder den Verhältnissen zu sehr nachblicke, doch wurde anerkannt, daß die Gehilensvertreter ihr Bestes täten. Hierfür verfuhr man nun, durch Verkürzarbeiten die Kollegenstaff vollends zum Hungern zu bringen. Die Erledigung der Kasienberichte mit Entlastung nahm nur kurze Zeit in Anspruch, während sich die Verammlungs längere Zeit mit zwei Misseleiten zu befassen hatte, die auf Tarif und Kollegialität zielten. Ihnen sowohl als auch einigen zweifelhafte Restanten mußte der Weg aus der Organisations geseien werden.

L. Frankfurt a. M. Ihre Versammlung am 10. November brachte insofern eine Abwechslung in das seitherige Versammlungsleben, als wieder einmal ein Punkt auf der Tagesordnung stand, der in der letzten Zeit das Interesse aller Kollegen beanspruchte konnte. Leider muß auch hier wieder festgestellt werden, daß der Verammlungsbesuch nicht den Erwartungen entsprach. „Gewerkschaftliche Gegenwartsaufgaben“ lautete das Thema, über das Kollege Nepochis referierte. Der Referent verstand es in vorzüglicher Weise, die Kollegen zu fesseln. Auch die Frage Berufs- oder Industrieverband wurde von dem Redner ausführlich behandelt. Mit welcher Aufmerksamkeit die Kollegen dem Referat gefolgt waren, bewies der lebhafteste Beifall, der dem Referenten zuteil wurde. Die Aussprache, an der sich die Kollegen König, Wenzel, Ulrich, Matthes und Bösch beteiligten, drehte sich in der Hauptsache um die Frage Berufs- oder Industrieverband. Nach einem kurzen Schlußworte berichtete Kollege Nepochis außerdem noch über die letzte Tarifausdehnung und deren Ergebnis. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Leipzig. (Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.) Am 7. November verammlen sich die Leipziger Kollegen im „Volkshaus“, um zum Ergebnisse der Tarifausdehnung, am 3. November Stellung zu nehmen. Kollege Stöckinger als Tarifratsvertreter erstattete kurzen Bericht und sprach am Schlusse seiner Ausführungen auf, sich durch die Ablehnung des Schiedsgerichts durch die Prinzipale nicht zu Unbedachtlichkeiten hinreißen zu lassen und der Aufforderung des Verbandsvorstandes, Ruhe und Disziplin zu wahren, Folge zu leisten. Die Verbindlichkeitsklärung zum Schiedsgerichts sei bereits beantragt und werde schnellstens ausgesprochen werden. In der Diskussion kam allgemein die Unzufriedenheit mit dem Schiedsgerichts zum Ausdruck. Dieser habe in keiner Weise einen Ausgleich für die Teuerung der letzten Wochen geschaffen, viel weniger sei er als ein auskömmlicher Lohn für die nächsten Wochen anzusprechen. Ganz besonders wurde die lange Dauer des Abkommens kritisiert. Man könne heute noch nicht sagen, wie sich die Teuerung noch entwickle, deshalb wäre ein Abbruch auf höchstens 14 Tage gerechtfertigt. Dies müßte bei der nächsten Tarifausdehnung mit berücksichtigt werden, wenn die Gehilensstaff nicht noch mehr ins Glend kommen solle. — In der sich anschließenden Mitglieder-Versammlung erstattete Kollege Stöckinger den Vereinsbericht, der nur eine kurze Aussprache auslöste. Zu Punkt 2 der Tagesordnung ging ein Antrag ein dahingehend, eine wöchentliche Extraroster von 30 M. zu erheben, um davon die Arbeitslosen mit 70 M., die Kranken mit 20 M. und die Invaliden mit 10 M. täglich zu unterstützen. Dieser Antrag fand gegen wenige Stimmen Annahme.

Leipzig. (Schriftführer.) Ihre sehr gut besuchte Versammlung am 16. November erledigte einigens wichtige Angelegenheiten und nahm besonders Stellung zu der allgemeinen Lage des Gewerbes. Die Verammlungs beantragte und beschloß die Erhöhung des Sparbeitrags auf 10 M. wöchentlich. Ein aus der Mitgliedschaft gestellter Antrag zwecks Schaffung einer zentralen Leistungsstelle rief eine eingehende Debatte hervor. Die dringende Notwendigkeit einer solchen wurde allseitig anerkannt, doch aus organisatorisch technischen Gründen ließ man die Sache zunächst auf sich beruhen. Mit der Festlegung einer Beschäftigung des neuen Rathauses und eines Vortrags des Kollegen Baumbach fand die Verammlungs ihren Abschluß.

Mainz. (Bezirksversammlung am 12. November.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken zweier verdienter Kollegen. Vorliegender Bericht gedachte mit ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Gucht, der im besten Mannesalter aus dem Leben scheiden mußte. Als Gemeinderatsmitglied hat er sich besonders auf dem Gebiete der Armenfürsorge große Verdienste erworben. Ferner gedachte der Vorliegende des verstorbenen Kollegen Matthias Seiwert (Quirwigsbalen), der durch seine 18jährige Tätigkeit im Geworkeverband und durch seine nie erlahmende Tätigkeit im Dienste der Organisation ein Beispiel treuer Pflichterfüllung war. Der lebenswürdige Kollege, dessen Verlust wir köpferlich be-

Klagen, wird uns unerbittlich bleiben. Ihre keinem Einkommen! Zunächst wurden die geschäftlichen Mitteilungen zur Erledigung gebracht, u. a. wurde zur Kenntnis genommen, daß eine Firma, gegen die Streichung beim Tarifamt beantragt war, nunmehr nach erfolgter Kündigung unter Kollegen sich erneut schriftlich verpflichtet hat, den Tarif einzuhalten. Das letzte Lohnabkommen wurde lebhaft kritisiert und zum Ausdruck gebracht, daß durch den katastrophalen Marktzins daselbst bereits wieder überholt sei. Der Vorsitzende ging also dann auf die trostlose Lage in unserm Gewerbe ein. Ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß Kollegen, die 30—40 Jahre in einem Geschäft in Kondition stehen, von der Arbeitslosigkeit bzw. Kündigung nicht verschont bleiben. Kurzarbeit ist keine neue Erscheinung mehr. Er empfahl deshalb den jüngeren Kollegen, denen sich Gelegenheiten bieten vom Beruf abzugeben, dies zu tun, damit die älteren Kollegen nicht ganz der Verelendung preisgegeben seien. Die Frage des Industriefriedens sollte eine längere Diskussion aus und die Meinungen, ob „Für“ oder „Gegen“, gingen stark auseinander. Die Remuneration der Funktionäre erlief eine den Selbstverhältnissen entsprechende Neuregelung. Ferner wurde einstimmig beschlossen, einen einmaligen Extrabeitrag von 50 M. zu erheben für eine Lohnschutzunterstützung für unsere Arbeitslosen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit Ermahnungen und Worten des Dankes die Versammlung.

Mittweida. In unser Versammlung am 10. November wurde Stellung zum Lohnabkommen genommen. Die Kollegen erklärten sich trotz mancher Bedenken unter Anerkennung der Arbeit der Gehilfenvertreter mit dem Resultat einverstanden. Betreffs des Verhaltens der Prinzipalvertreter wurde eine Resolution angenommen, in der berechtigte Empörung über die Nachsichtung der elenden wirtschaftlichen Lage der Gehilfen durch die Prinzipalvertreter und über die herausfordernde Ablehnung des Schiedspruchs zum Ausdruck kam.

München. Zur Kritik im graphischen Gewerbe und deren Folgen: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, nahm eine sehr gut besuchte Versammlung des Graphischen Kartells (Buchbinder, Buchdrucker, Lithographen, Stein-drucker und Hilfsarbeiter) am 10. November Stellung. Zur Behandlung des Themas waren als Redner die Herren Verlagsdirektor Reupold und Verlagsbuchhändler Reinhardt gewonnen worden. Der erstere schilderte hauptsächlich die Ursachen, deren Verlauf und die Mittel zur Abmilderung der Krise im Setzungs-gewerbe, der zweite Redner erläuterte die Frage vom Standpunkte des Buchhandels und Zeitschriftenverlags aus. Herr Reupold fand die Ursachen der Krise darin, daß der Krieg mit allen Vordritten aufdrünte und daß nachher große Mittel unter Kreditanpannung in die Betriebe gesteckt werden mußten. Dazu kam, daß durch die politischen Unruhen die Produktivität sich sehr vermindert habe, während die Verhältnisse der Arbeitskräfte sich sehr verbessert hätten. Die Lohnpolitik sei ungünstig. Er gab aber auch an, daß die Buchdrucker und die Setzungs- und Lithographen schon vor dem Kriege durch fallende Preispolitik ihre Produkte gegenüber andern Waren zu billig abgaben, und daß diese Mißstände im Verleite mit dem heutigen Papierwucher, an dem der Staat als Waldbesitzer nicht unschuldig sei, die Wille des Gewerbes vernichtete und es ruinierte, was sich durch große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit geltend mache. Der Staat, die Behörden, die Industrie und Private bieten mit Vergabung von Druckaufträgen zurück, was zur Minderbeschäftigung führen müsse. Zur Abmilderung der Krise sei unbedingt notwendig, daß der Staat durch Abgabe billigen Papierholzes den Papierpreis senke und durch maßvolle Steuerpolitik dem Gewerbe wieder aufhelfe. Herr Reinhardt bemerkte, daß die Verhältnisse im Buchhandel ähnlich liegen, daß von ihnen schon Maßnahmen getroffen wurden, um Abhilfe zu schaffen. Eigenartig sei aber, daß jetzt das feure Buch mehr gekauft werde als das billige, denn die Arbeiter-schaft könne keine Bücher mehr kaufen, weil der Verdienst für die notwendigen Lebensbedürfnisse aufgabe. Der Redner gab aber dem festen Vertrauen Ausdruck, daß das Buchgewerbe wieder zu seiner früheren Stellung aufsteige. In der regen Aussprache wurde von mehreren Rednern hauptsächlich den Anschauungen des ersten Referenten gegenüber die Mitarbeit der Gehilfenschaft zur Hebung des Gewerbes betont und deren bisherige Bemühung durch egoistisches Unternehmerinteresse geschildert. An der vermeintlichen Interdudung der bürgerlichen Presse nach dem Kriege sei diese selbst wegen ihrer maßlosen Hege gegen die Revolution und die Führer der Arbeiter-schaft schuld. Die Besserung der Waiutverhältnisse werde jetzt wieder durch Sinnes und seine Hintermänner zu verhindern versucht. Am Schluß wurde eine die graphische Arbeiter-schaft nicht rütteln, denn in diesem Gewerbe werde ohnehin viel intensiver gearbeitet als in vielen andern. Die gelegentliche Veröffentlichung von Vioindenverteilung ergäbe ein andres Bild und die Anschaffung von feuren Maschinen und Erstellung von Druckaufträgen bewelse, daß auch dem Arbeiter das zum Leben Notwendige gegeben werden könne, daß es seit Jahren ein Trugbild der Unternehmer war, wenn bei jedem Tarifabschlusse behauptet wurde, das Gewerbe verfrage die Lohnverhöbungen nicht, die auch nach Beständen der Unternehmer nur etwa 30 Proz. der Betriebsausgaben verurlichen. Nur wenn die Arbeitgeber Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Gehilfenschaft zeigen, könne sie auch verlangen, daß diese gemeinsam mit ihnen die Misere abschaffen helfe. Am Schluß wurde der Vorsitzende des Graphischen Kartells beauftragt, mit den in Betracht kommenden Stellen in Verbindung zu treten, um eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu erzielen und zu erreichen, daß von dem Ausfälle bei Kurz-

arbeit je ein Drittel der Staat, der Unternehmer und der Arbeiter zu tragen habe. Die Aussprache über den graphischen Industriefrieden wurde vertagt.

Selb. In die Versammlung am 11. November, in der das neue Lohnabkommen auf der Tagesordnung stand, konnte sich mit der neuen Steuerungsanlage nicht einverstanden erklären, denn diese sei nicht nur wieder ein Tropfen auf einen heißen Stein. Von untern Gehilfenvertretern wird die Durchführung eines für uns angemessenen Lohnes erwartet, soll die Gehilfenschaft nicht zur Selbsthilfe gezwungen werden. Den Prinzipalen aber sei zu rufen: Weg mit der Engbarigkeit, schaffen Sie uns einen gerechten Ausgleich für unsere Arbeitskraft, damit uns auch die Freude am Beruf erhalten bleibt, auch zu Ihrem Vorteil!

Stuttgart. In der Vertrauensmänner-versammlung am 7. November berichtete Kollege Klein über die Verhandlungen des Tarifausschusses vom 3. und 4. November. Eingehend auf die berechtigten Gehilfenforderungen, schilderte er das ablehnende Verhalten der Prinzipale bei den Verhandlungen, die schließlich zum Abbruch führten und nur noch der Weg zum Arbeitsministerium offen blieb. Redner gab dann noch die weiteren Schritte bekannt, die unternommen wurden, um den Schiedspruch zur Anerkennung zu bringen. In der anschließenden Diskussion wurde das Verhalten der Prinzipale, die die Notlage der Gehilfen nicht anerkennen wollen, scharf kritisiert; wohl bringe der Schiedspruch diesmal einen höheren Betrag als je selber, doch sei dieser durch die rapide Devalwertung bereits wieder illusorisch gemacht. Nachdem noch Kollege Klein angesichts der ersten Situation zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hatte, wurde die Versammlung auf folgenden Mittwoch vertagt. In dieser zweiten Versammlung konnte festgestellt werden, daß der Schiedspruch vom Reichsarbeitsministerium am 6. November für verbindlich erklärt worden sei und somit die neue Erhöhung für die laufende Woche zur Auszahlung kommen müsse. Die Kollegen müßten für restlose Durchführung besorgt sein. Nach Besprechung einiger lokaler Angelegenheiten wurde die wiederum vollständig beschlossene Versammlung am 15. November machte der Vorsitzende zunächst einige Ausführungen zum Punkte „Ver-einsmittlungen“. Aber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die bevorstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs“, referierte Gehilfenvertreter Klein in längeren Ausführungen. Er erläuterte die Prinzipal-anträge und schilderte die sonstigen Schwierigkeiten, die einer weiteren fortschrittlichen Neugestaltung des Tarifs entgegenstehen. Es bedürfe des vollen Vertrauens der Kollegen für die Vertreter, um zu einem Abschlusse zu kommen, der den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung trägt. Von einer Diskussion mußte angesichts der mangelhaften Lokalverhältnisse (vorzeitige Räumung) Abstand genommen werden. Nachdem die Wahl von drei Resolutionen sowie die Wahl von zwei Ausschüßmitgliedern für die Verhandlungsabteilung festgestellt war, wurde der Mit-gliederschaftsbeitrag einstimmig von 1 auf 10 M. ab 26. November pro Woche erhöht. Den Schluß der Versammlung bildeten noch einige Ausführungen über die leitenden der Mitglieder gewünschten Erhöhungen der Leistungen in der Unterhaltungskasse für Württemberg, die eine Beitragserhöhung bedingen, wie auch die Frage des Gau-beitragserhöht werden müsse, da dieser den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entspreche. Diese Fragen sollen den einzelnen Mitglieder-schaften zur Beachtung über-wiesen werden und eine Bezirksvorberkühlerung Mitte Dezember sich mit der endgültigen Erledigung befassen. Damit konnte die aufgeschobene Versammlung geschlossen werden.

□ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Neue tarifmäßige Lohn Tabellen. Neue Lohn Tabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stunden-lohn berechnet) und das Kostgeld der Bebrlinge. Sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 15 M. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Post-scheckkonto Nr. 850 58 Berlin NW 7.) Vorberige Einfindung des Betrags der Einschaltel halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohn-tabellen allen Kollegen.

Die neuen Papierpreise. Für die zweite Hälfte des November ist der Preis für Tageszeitungspapier wesentlich erhöht worden, und zwar ist der Friedensaufschlag von 186,80 M. auf 234,30 M. für Rollenpapier, von 187,30 M. auf 234,80 M. für Formatpapier gestiegen. Das heißt, daß das Papier etwa 24,50 bzw. 23,5 M. je 1 kg kosten soll. Die Erhöhung wird mit der Kohlen-preiserhöhung, die etwa 65 Proz. gegen Anfang November beträgt, begründet. Jeht Tonnen sächsische Steinkohle kosten etwa 70000 M. mehr, also etwa 178000 M. Die Zellstofffabrikanten haben insbesondere durch die erhöhten Holzpreise und ihrer Herstellungskosten den Zellstoffpreis um 60 Proz. ab 16. November erhöht. Der Preis ist von 23400 auf 37440 M. für 100 kg gestiegen. Die Gesamterhöhung für Kohlen und Zellstoff stellt sich auf 47,50 Mark für 1 kg. Um diesen Betrag wird das Tageszeitungspapier erhöht; dabei haben die Holz-schiff-fabrikanten noch keinen Mehrpreis geltend gemacht. Da die Zellstofffabrikanten sich mit dem Preise von 23400 M. für den Monat November dem Wirtschaftsinstitutern gegen-über gebunden haben, wird die sich im Papierpreis aus-

wirkende Rückvergütung an die Verleger, die zur Zeit 20—25 M. für 1 kg beträgt, für die zweite Hälfte des November etwa 55—60 M. betragen müssen. Der Netto-preis wird sich dann immerhin auf 175—179 M. für 1 kg stellen, gegenüber dem Preis Anfang November von 162 M. bei 25 M. Rückvergütung. Für die übrigen Papiere werden sich die Mehrhöhen für Holz, Kohlen und Zellstoff allerdings ganz auswirken.

Zellstofflieferungen auf Reparationskonto. Von der gesamten Zellstoffmenge, die Deutschland an die Alliierten auf Reparationskonto zu liefern gezwungen ist, entfallen allein auf Italien 50 Proz., das macht im Salbjahre von Oktober 1922 bis März 1923 6750 Tonnen aus. Eine immerhin nicht geringe Menge wird durch die Reparationsverpflichtung dem deutschen Verbrauch entzogen. Ins Gewicht fällt auch die im übrigen gefällige Ausfuhr von Papierabfällen, die z. B. im ersten Halbjahre 1922 nach „Wirtschaft und Statistik“ 422,5 dz im Werte von 558,1 Millionen Mark betrug.

Zum Lohnabkommen im Stein-druckgewerbe. Ab 18. November betragen die Mindestwochenlöhne für Litho-graphen und Stein-drucker, wie hier noch ergänzend richtiggestellt sei, insgesamt:

Proz.	Aller-klassen				
	In Orten mit einem Lokalaufs-chlage von	Im ersten Ge-hilfen-jahre	über 24 Jahre		
			bis zum 21. Jahre	vom 21. bis 24. Jahre	über 24 Jahre
0	a) in Betrieben mit 20 Gehilfen	6399	Geldge: 6406,50 Werb.: 6421,50	6004,75 6919,75	7455,— 7470,—
	b) in Betrieben über 20 Gehilfen	6399	Geldge: 6411,50 Werb.: 6426,50	6909,75 6924,75	7460,— 7475,—
7 1/2	6416	Geldge: 6429,25 Werb.: 6444,25	6928,88 6943,88	7479,50 7494,50	
					15
20	6971	Geldge: 6985,50 Werb.: 7000,50	7465,— 7500,—	8037,— 8052,—	
					25

Streik in den Setzungs-druckereien in Zürich. Nach Berichten der Tagespresse beschlossen die Setzungsdrucker in Zürich in den Streik zu treten. Auch in Basel und Bern wird der Zustand in den Setzungs-druckereien erwartet. Nach weiteren Berichten der Tageszeitungen streiken bereits die Buchdrucker in den genannten drei Städten. Nur die sozialistischen Setzungen erscheinen noch.

Wegen Raubes verurteilt. Der 23-jährige Schrift-seher Joseph Beck aus Ravensburg i. Wtbg., der in Gemein-schaft mit zwei Komplizen vergangenen Sommer die Besi-zerin eines Anwesens nach Wehrlosmachung beraubt hatte, erhielt drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehr-verlust. Dem Hauptangeklagten wurden fünf Jahre Zucht-haus und fünf Jahre Ehrverlust appliziert.

Setzungsanzeigen sind nicht rechtsverbindlich. Die Setzungsanzeige enthält wohl die Bezeichnung der „angebotenen“ Ware und des „für geforderten“ Preises; un-erscheidet sich jedoch vom Angebote dadurch, daß sie nicht an eine bestimmte Person oder Firma, sondern schlechthin an die Öffentlichkeit gerichtet ist; sie bietet ferner keine bestimmte Menge Waren an, sondern Ware schlechthin. Die Setzungsanzeige kann daher im kaufmännischen Leben nicht ebenso wie die Offerte bewertet werden, an die handelsrechtlich derjenige gebunden ist, der sie abgibt. Wer auf Grund der Anzeige an den Inferenten schreibt, macht diesem erst einen Vertragsantrag, und dem Inferenten steht es frei, darauf einzugehen oder nicht.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Auf Vor-schlag der Reichsregierung beschloß der Reichsrat eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung mit Wirkung ab 20. November. Die Erhöhung soll ins-besondere den Erwerbslosen zugute kommen, die eine Familie zu erhalten haben.

Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Das am 1. Oktober 1921 erfolgte Ausschließen des Zentralverbandes der Angestellten führt trotz wiederholter Berichtigungen noch manchen zu falschen Schlüssen über die Mitglieder-bewegung im Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bunde. Man rechnet diesem einen Verlust von 280 100 Mitgliedern heraus. Das ist unzutreffend. Im Gegen-teil haben die dem ADGB angeschlossenen Verbände am Ende des Jahres 1921 gegen 1920 eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Scheidet man die Mitgleder-zahl des Zentralverbandes der Angestellten mit 363 521 am 31. Dezember 1920 aus der Gesamtmitglederszahl von 803 207 aus, so ergibt sich für die übrigen Verbände eine Mitglederszahl von 7668 536. Da diese Verbände am Schluß des Jahres 1921 einen Mitgledersstand von 7751 957 hatten, so ergibt sich eine Zunahme von 83 421 Mitgliedern. Die Zunahme an Mitgliedern hat auch in den ersten zwei Vierteln des Jahres 1922 angehalten. Am Schluß des zweiten Viertels war eine Zunahme von 217 695 Mitgliedern über dem höchsten Stande vom Jahre 1920 vorhanden. Verglichen mit dem niedrigsten Stand im Jahre 1921 betrug die Zunahme 577 923 Mitglieder. Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß der Stillstand bereits Ende des Jahres 1921 wieder aufgehört hat und selber eine nicht unbeachtliche Zunahme an Mitgliedern eingetreten ist.

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs. Wegen der jetzt schon zahlreich eingehenden Bewerbungen um Stellung bei den Wiederaufbauarbeiten teilt der Verband sozialer Baubetriebe mit, daß die Verhältnisse noch nicht bis zur Inangriffnahme praktischer Aufbauarbeiten ge-diehen sind. Diesbezügliche Anfragen können daher noch keine Berücksichtigung finden. Sobald die Arbeitskräfte benötigt werden, wird dies der Verband sozialer Bau-betriebe durch die Presse bekanntgeben.

Literarisches

In der Sammlung 'Gangenschelds Taschenwörterbücher' ist vor kurzer Zeit ein epochamachendes Werk erschienen: 'Gangenschelds Fremdwörterbuch'...

lich auf den Gebieten des Rechtes, des Handels usw. eingebürgert haben und die man täglich in Zeitungen und Zeitschriften an-

griffen. - H. B. in Gera: Wurde sofort untergebracht. Dank und Gruß. - S. A. in R.: 157,50 M.

Verbandsnachrichten

Abreisenveränderung
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamioplatz 5II.
Verbandskassen: Theodor Cherdling, Druckerlehrling 2.

Preiskarten
Dr. Sch. in B.: Auftrag ist erledigt; sonst war aber weder das eine noch das andre zu erreichen.

Unverwesenes Blut
In der Krüger vieler Krankheitsstoffe, die Ursache von Schlimm und frühem Tod. In das Blut verborben, so leidet der ganze Körper...

Alkiziden- und Inkeratenfeker
20 Jahre alt, beifähig bessere Alkiziden zu sehn, suchi für sofort oder später Stellung. Egal wohin.

Inland! Ausland!
Typographfeker
Nach langem Leiden verlarb am 16. November unter lieber M Arbeitler und Kollege, der Maschinenmeller 1446

Für das technische Kontor
einer sehr lebhaften, zeitgemäß eingerichteten Buchdruckerei Nordwestdeutschlands, annähernd 100 Betriebsangehörige, wird ein intelligenter Fachmann

Wo Schriftfeker
findet Junger 1447
lobnende Beschäftigung?
Hilfsred. Dohme, Sommerfeld b. Frankfurt a. d. O., in den Gärten 270a.

Richard Cyrus
geboren am 10. August 1850 in Brühl.
Zuoh kurzjähriger Mitgliederschall unsres Bezirks bzw. Ortsvereins werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

Matrizenbohrer
zum sofortigen oder späteren Eintritt gesucht. Nur selbständig arbeitende erste Kräfte werden gebeten, sich zu melden. Benjamin Krebs Nachfolger, Frankfurt a. M.

Anzeigenmetteur
an Schnellpresse und Siegel sowie in allen Sparten, besonders, suchi zum 4. Dezember Stellung.
W. H. Dohme, Schneidemühl, Albrechtstraße 85, 86, Garten.

Hef 12 der Typographischen Mitteilungen
als Hamburger Sonderheft
in gediegener Ausstattung zur Ausgabe.
Preis für Mitglieder des Bildungsverbandes 35 M., für Nichtmitglieder 60 M.

Stempelschneider, Zeuggraveure
Qualitätskräfte, finden gutbezahlte, dauernde Stellung. Auf Wunsch Unterernung an Stempelschneid- und Matrizenbohrmaschine. 1445
M. Glitsche, Nürnberg 2, Endlerstraße 5.

Nur Ausland Schriftfeker
jung verheiratet, mit französischer Spielmaschine vertraut, suchi Stellung im Ausland.
Geht. Angebote unter Nr. 462 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Siegeldruckpresse
mit Fußbetrieb, gebraucht, aber gut erhalten, für eignen Bedarf 1450
solist zu kaufen gesucht.
Preisofferte mit Angabe des Systems und innere Rahmenweite erbeten unter Nr. M., Dresden-N., Marchallstr. 47

Stellungsaufsch Gachjen-Schlesien
Welcher Maschinenfcherröhle in Schlesien würde seine Stellung mit solcher in Inoustrifabrik Sachsens, 10 Proz. Kohlenzuschlag, Bezahlung über Tarif, an gute "Deuts" Maschine tauschen. Am liebsten als Wägenler in mittlerer Stadt. Stellung in Barmen, auch in ähnlicher Beschäftigung.
Marie Schulz in unter 'Stellungsaufsch 454' an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Erster Seher
für moderne Geschmacksrichtung, 24 Jahre alt, ledig, Papierhändler, vertraut mit Druck, Stahlzählung, Buchführung, ber das S arreturieren, auch fremde Sprachen, übernehme würde, suchi Stellung. Gut. Zeugnisse.
Franz Erieps, Ränenburg, Henningsstraße 12 II.

Joseph Spies
im 70. Lebensjahre. In ihm vereitern wir einen tüchtigen Kollegen und pflichtfertigen Mitglied unsres Verbandes, dem er über 30 Jahre die Treue bewahrt hat.
Ehre seinem Andenken!
Bezirksverein Oberschwaben, Mitgliederschall Ravensburg.

Stereotypen und Galvanoplastiker
23 Jahre alt, ledig, selbständig arbeitend, mit guten Zeugnissen, suchi Stellung, gleich wohin, wo er seine junge Arbeitskraft voll zur Verfügung stellen kann. Am liebsten als Wägenler.
Angebote unter Nr. 439 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Typographfeker
mit langjähriger Praxis, Zeugnisse Ia, suchi sofort oder später Dauerstellung.
Albert Weischer, Ochsenhaufen (Wirt.).
Egal wohin!
Egal wohin!
Jünger, tüchtiger
Typographfeker
(Modell A und U-E), welcher auch im Sandzügen bewandert ist, suchi wegen Eingetüchtung des Rechts sofort Stellung, auch als Wägenler.
Geht. Offerten unter Nr. 453 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Herr Karl Niehl
Wir wie auch seine Kollegen beklagen in dem Verstorbenen einen wertgeschätzten, jederzeit fleißigen und berufsleidenden Fachgenossen, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren werden.
Leipzig-Paunsdorf, 20. November 1922.
H. Berthold Westfalmsienfabrik und Schriftgießerei H. O., Abteilung Zähler-3 (Inhaberd.), zugleich im Namen des Gesamtpersonals.